

## Positionspapier zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg

In den nächsten Jahren sollen durch die EU mehr als 20 Freihandels- und Investitionschutzabkommen verhandelt beziehungsweise beschlossen werden. Auch die aktuelle Landesregierung unterstützt eine Ausweitung der bisherigen Handelspolitik.

Dies halten wir für falsch! **Was wir brauchen, ist nicht mehr von der alten Handelspolitik, sondern eine neue Handelspolitik, die soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung setzt.** Die bisherigen Handelsabkommen gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des „Freihandels“ wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerechte für Investoren gefährden demokratische Handlungsfreiheiten. Öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen, Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote werden unter Druck gesetzt. Die bisherige Handelspolitik zieht die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärkt transnationale Konzerne und schwächt kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. Sie setzt die Länder des Globalen Südens unter Druck und befeuert die Klimakrise. Neoliberale Globalisierungspolitik hat in der Vergangenheit zu wachsender Ungleichheit geführt.

Das „Netzwerk Gerechter Welthandel Baden-Württemberg“ versteht sich als Teil einer internationalen Bewegung: In vielen Staaten setzen sich Menschen gegen neoliberale Handelsabkommen ein, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben. **Wir treten gemeinsam ein für eine solidarische Welt, in der Vielfalt eine Stärke ist. Wir wenden uns deshalb gegen jede Form von Rassismus und Rechtspopulismus.** Das Netzwerk versteht sich als ein Ort, an dem darüber diskutiert wird, wie ein gerechter Welthandel erreicht werden kann.

Wir treten für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.

Dies gilt sowohl für Abkommen zwischen Industriestaaten als auch für Abkommen der EU mit Ländern des Globalen Südens, wie zum Beispiel die EPAs, die eine erfolgreiche und solidarische Entwicklungszusammenarbeit untergraben.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnisse zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarktakteuren begrenzen und ihnen keine Sonderklagerechte einräumen;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen;
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern;
- Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen statt immer mehr Ausbeutung zu ermöglichen;
- internationale Solidarität und Kooperation fördern statt immer mehr Wettbewerbsdruck zu erzeugen;
- eine Regulierung des Finanzsektors und den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte ermöglichen statt noch mehr Deregulierung zu fördern.

Wir rufen alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um diese neue Handelspolitik zu beteiligen!

Machen wir deutlich, dass die Handels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. **Unser Ziel ist eine echte Partnerschaft zwischen den Staaten des Globalen Nordens und den Staaten des Globalen Südens, sowie der Einsatz für eine sozial-ökologische Gestaltung der Wirtschaft, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen. Hierzu kann und muss auch jedes einzelne Bundesland beitragen. Vor allem das Export-orientierte Baden-Württemberg ist hier in der Verantwortung, sich für eine gerechte Handelspolitik einzusetzen.**

## **Wahlprüfstein zur Landtagswahl 2021 in Baden-Württemberg**

Am 14. März 2021 findet die Landtagswahl in Baden-Württemberg statt. Die Wahl hat nicht nur Auswirkungen auf die Landespolitik; denn mit einer Änderung der Regierungskoalitionen ändern sich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat.

1. Wird sich Ihre Partei in Zukunft verstärkt für einen gerechten Welthandel und damit eine Abkehr von der bisherigen neoliberalen Handelsagenda einsetzen?
2. Wird Ihre Partei das Pariser Klimaschutzabkommen in Zukunft zur verbindlichen Richtschnur für alle Handelsfragen machen?

Eine Entscheidung, die der Bundesrat in den kommenden Monaten fällen wird, ist das „Ja“ oder „Nein“ zur Ratifizierung des EU-Kanada-Abkommens CETA.

3. Wird Ihre Partei CETA zum Thema im kommenden Landtagswahlkampf machen?
4. Können Sie verbindlich zusagen, dass Ihre Partei - bei einer Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg – ein „Ja“ zu CETA ausschließt, so dass die Landesregierung CETA im Bundesrat ablehnt oder sich enthält?

Befragt werden: CDU, Grüne, SPD, Linke, FDP, ÖDP und die Klimaliste. Die AfD wurde von der Befragung ausgeschlossen, da sie als Sammelbecken unterschiedlicher Kräfte dient, in dem auch rechtsextreme Personen und Positionen vertreten sind.

Wir erbitten Ihre Antwort an  
Netzwerk Gerechter Welthandel Baden-Württemberg  
Ludwig Essig  
[info@ngw-bw.de](mailto:info@ngw-bw.de)

Die Antworten werden in Form eines Wahlprüfsteines auf sämtlichen Ebenen veröffentlicht.